

Es gilt das gesprochene Wort

Einbringung einer Erhöhung der Grundsteuer

- Januar ein ruhiger Monat
 - CDU hat intensiv diskutiert, es ist eine sehr schwierige Entscheidung zu treffen. Es gibt unterschiedliche Meinungen zu einer Grundsteuererhöhung
 - Wir haben viel mit Bürgerinnen und Bürgern gesprochen
- Positiv ist der Vorgang im Rat
 - die Verschiebung der Entscheidung ist einmalig und mitunter ja auch irritierend (Frau Schneider), spricht jedoch für eine positive Diskussionskultur.
 - Positiv war die Einigung der Fraktionen darauf
 - Positiv sind die Gespräche unter den Parteien/Fraktionen
 - Positiv ist die Einbringung von alt. Lösungsvorschlägen
- Zur Positionierung
 - CDU kommt zu keiner anderen Beurteilung des vorgelegten Haushaltplanes wie im Dezember

- er ist unterfinanziert allein in der Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben
 - es gibt keine verschwenderischen Mehrausgaben
 - und es gibt keine Möglichkeit einer dauerhaften, vollständigen Kompensation der Fehlbeträge
- Der Haushaltsentwurf zeigt Klarheit und Wahrheit
- Die Öffentlichkeit hat die politische Diskussion um eine Steuererhöhung der Grundsteuer B um 250 Hebesatzpunkte wahrgenommen.
 - Ich hatte einige, wenige Gespräche mit Bürgern, die mich angeschrieben haben, einige auf der Straße, im Cafe. Auch habe ich versucht die Leserbriefschreiber zu finden und habe auch mit Ihnen gesprochen.
 - Keiner fand die Steuererhöhung attraktiv – jedoch hat auch keiner gesagt, er könne nicht nachvollziehen, dass zusätzliche Aufgaben, Gehälter, Energie und vieles mehr auch in der Stadt sehr hohe Mehrkosten verursachen.
 - Keiner hat gesagt es wäre richtig Schulden für das laufende Geschäft aufzubauen. Schulden, von denen wir nicht wissen wie sie zurückgezahlt werden, vielleicht sogar noch von nachfolgenden Generationen
 - Jeder hat aber auch gesagt, wir sollten nicht nur die Ertragsseite durch Steuererhebungen betrachten, sondern auch die Aufwandsseite.

- Die CDU hat sich mit dem Vorschlag der Fraktion GAL/Linke beschäftigt. Ein Vorschlag der unter den gegebenen und beschriebenen Annahmen der Verwaltung solide begründet ist. Er ist aber im Sinne der Validität, d.h. der verlässlichen Ergebnislieferung für die CDU nicht die Lösung des Problems.
 - Die Lösung bringt, was uns in die Lage versetzt den Haushaltsausgleich durch eine Entwicklung der Rücklagen sicher zu schaffen. Das möchten wir möglichst bis zum Ende der Dekade.
 - Wir werden Einbußen in Gewerbesteuer hinnehmen müssen, wenn das Wachstumschancengesetz der Ampel eig. der FDP verabschiedet wird. Sieben Milliarden EUR steuerliche Entlastungen für die Wirtschaft sollen zu zwei Dritteln durch die Länder und die Kommunen getragen werden.
 - Zudem befinden wir uns in einer Rezession, d.h. die Gewinne werden nicht mehr so zu erzielen sein. Inwiefern das Kamener Unternehmen und unsere Gewerbesteuer betrifft wissen wir nicht. Aber Kamen ist keine Insel.
 - Ergo die Gewerbesteuer ist unsicher, wir wollen sie nicht erhöhen. Aber ich sage auch: Für die CDU ist sie in der Zukunft nicht per se unantastbar.
- Zum Antrag der Grünen sage ich jetzt noch nichts. Da warte ich die Begründung ab. Da es aber ein Antrag zum

Haushalt ist möchte ich anmerken, dass ein solcher Antrag ohne Begründung

- A. nicht der Antragskultur in Kamen entspricht,
 - B. nicht zu verstehen ist und
 - C. nicht die Bereitschaft in der CDU erhöht sich damit politisch auseinanderzusetzen.
- Der Antrag der Wählergemeinschaft greift auf, was die Bürger gesagt haben. Nicht nur über Steuererhöhungen sprechen, sondern auch über Sparmaßnahmen.
 - Die CDU macht da mit, wir unterstützen das
 - Die vorgeschagene Form halten wir jedoch nicht für ideal
 - Die Fraktionen sollten frei sein, wen sie entsenden.
 - Auch die Form eines Haushaltskonsolidierungskonzepts muss noch erarbeitet werden.
 - Also zum Grundsatz ja, auch ASAP, die Ausgestaltung aber nicht in der vorgeschlagenen Form.
 - Nun könnte man fragen, warum nicht erst eine solche Arbeitsgruppe und später eine Diskussion um eine Steuererhöhung.
 - Erstens: Klar ist: Einsparungen in der Höhe der prognostizierten Fehlbeträge gibt es nicht. Ich glaube persönlich: nicht mal ein Fünftel dessen.

- Zweitens: Für laufende Aufgaben Kassenkredite aufbauen wollen wir nicht, ich habe das schon begründet
- Drittens: Sollten sich meine Prognose zu Einsparmöglichkeiten falsch erweisen, stellt die CDU den Antrag auf Steuersenkung – versprochen!
- Damit lehnt die CDU beide Anträge der FDP auch ab.
 - Der Antrag der WG ist weitergehend
 - Die Prüfaufträge in der Organisation könnten, wenn gewollt über die Arbeitsgruppe eingebracht werden.
 - Ein Digitalausschuss kann in der nächsten Ratsperiode sinnvoll sein, jetzt kann man die Einführung von digitalen Möglichkeiten im Rahmen der Sparmaßnahmen diskutieren.
- Zum Schluss möchte ich noch auf die Erwartungen des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz eingehen. Das ist vom Land, vom Bund hört man ja gar nichts mehr zur Rettung der Kommunalfinanzen.
 - Wir haben den Entwurf des Gesetzes analysiert und auch diverse Foren dazu besucht.
 - Es wird erst nach Karneval kommen.
 - Auch wenn
 - Jahresfehlbeträge künftig drei Jahre vorgetragen werden können,

- Wenn Umbuchen zur Stärkung der allgemeinen Rücklage aus der Ausgleichsrücklage möglich werden,
- Wenn ein HSK nicht mehr an den Verbrauch der allgemeinen Rücklage geknüpft ist,
 - Dann hat Buchungssystematik nichts mit liquiden Mitteln zu tun. Davon ist kein Euro mehr im System.
- Zudem sollen Liquiditätskredite künftig innerhalb von max. vier Jahren vollständig getilgt werden, auch das ist ein Grund, warum die Grundsteuerhöhung jetzt und nicht erst in drei bis vier Jahren angezeigt ist.

Zusammengefasst: Die CDU wird heute mit Mehrheit der Anhebung der Grundsteuer um 250 Hebesatzpunkte zustimmen. Wir machen das weil es sachlich richtig ist, politisch wird man dafür eher kritisiert. Und wir machen es nicht gern, denn wir wissen, dass auch bei den Bürgerinnen und Bürgern das Hemd als enger geworden empfunden wird.